



Bagger gestoppt

Demonstrationen, Blockaden und Polizeischikanen: Tausende Klimaaktivisten von »Fridays for Future« und »Ende Gelände« im rheinischen Braunkohlerevier. Das war das Protestwochenende. Von Wolfgang Pomrehn, Erkelenz

SEITE 3

GEGRÜNDET 1947 · MONTAG, 24. JUNI 2019, NR. 143 · 1,80 EURO (DE), 2,00 EURO (AT), 2,50 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Skrupellos

USA bauen weiter an Drohkulisse: Angriff auf IT-Systeme des Iran. Siehe Kommentar Seite 8

2

Ambitioniert

Soziales, Bildung und Wohnungspolitik: Die Linke in Sachsen beschließt ihr Wahlprogramm

4

Beherzt

Keine Milliarden für Aktionäre: Frankreichs Opposition will Privatisierungspläne Macrons verhindern

9

Monströs

Der Kapitalismus zerstört systematisch menschliche Bindungen. Von Götz Eisenberg

12

Erpresser unterwegs

USA verklagen deutsches Tourismusunternehmen wegen Geschäften mit Kuba. EU droht mit Gegenmaßnahmen, Solidaritätsbewegung mobilisiert. Von André Scheer

Die USA verschärfen ihre Blockade gegen Kuba weiter – und attackieren nun auch vermehrt europäische Firmen, damit diese ihre Geschäfte mit der Insel aufgeben. Wie am Wochenende bekannt wurde, hat das US-Anwaltsunternehmen Rivero Mestre LLP in Miami Klage gegen die Betreiber der deutschen Hotelsuchmaschine Trivago eingereicht. Indem sie Unterkünfte auf der Insel vermittelte, habe die Gesellschaft mit Sitz in Düsseldorf mit Eigentum gehandelt, das nach der Kubanischen Revolution enteignet worden sei, hieß es in Medien in Florida. Zudem drohten die Kläger, die Forderungen auch auf das US-Unternehmen Expedia – zu dessen Gruppe Trivago seit 2012 gehört – auszuweiten, wenn dieses nicht innerhalb von 30 Tagen den Handel mit Kuba einstelle und Entschädigungen zahle. Wie Spiegel online berichtete, soll sich Expedia erst Mitte Juni mit der US-Regierung auf eine Strafzahlung von 325.000 Dollar wegen des Verstoßes gegen die Blockade geeinigt haben. Im Stile gewöhnlicher Erpresser fühlen sich die US-Anwälte davon nun offenbar ermutigt, noch mehr Geld aus dem Unternehmen herauszupressen. Von Trivago selbst gab es zunächst keine Stellungnahme dazu.

US-Präsident Donald Trump hatte im Mai den sogenannten Abschnitt III des Helms-Burton-Gesetzes in Kraft gesetzt. Dieser räumt US-Bürgern das Recht ein, ausländische Unternehmen vor US-Gerichten zu verklagen, wenn diese in den 60er Jahren in Kuba enteignetes Eigentum nutzen.

Bis zum Sieg der Revolution 1959 war Kuba de facto eine Halbkolonie der USA gewesen. 1952 befanden sich nach Angaben von Historikern 50 Pro-



Steilvorlage für antiimperialistischen Protest in Havanna: Konterfei von US-Präsident Donald Trump (1.5.2019)

zent der Zuckerindustrie, 90 Prozent der Strom- und Telefonnetze, 70 Prozent der Erdölraffinerien, 100 Prozent der Nickelproduktion sowie 25 Prozent der Hotels, Handelshäuser und Lebensmittelunternehmen in US-amerikanischer Hand. Als Washington kurz nach dem Sturz des Diktators Fulgencio Batista allerdings einen Wirtschaftskrieg gegen die neue Regierung entfesselte, reagierten die von Fidel Castro angeführten Revolutionäre mit der Nationalisierung der wichtigsten US-Unternehmen auf der Insel. Zu Recht, wie der Oberste Gerichtshof der USA am 23. März 1964 urteilte. Die nordamerikanische Justiz habe keine Befugnis, in einen Rechtsstreit

um Eigentum in einem anderen Land einzugreifen, heißt es in dem bis heute gültigen Urteil.

Auch deshalb hatten alle US-Präsidenten nach der Verabschiedung des Helms-Burton-Gesetzes 1996 entschieden, den Abschnitt III nicht in Kraft zu setzen. Erst Trump vollzog im Mai den Kurswechsel. Noch im April hatte ihn die Europäische Union davor gewarnt. In einem Schreiben an US-Außenminister Michael Pompeo wiesen die Außenbeauftragte Federica Mogherini und Handelskommissarin Cecilia Malmström darauf hin, dass europäische Unternehmen das Recht hätten, durch die US-Blockade erlittenen Schaden »mit allen zur Verfügung stehenden

Mitteln« kompensieren zu lassen. Dazu gehöre auch, US-Besitz wie Firmenbeteiligungen in der EU zu beschlagnahmen. Es bleibt abzuwarten, ob dies mehr als eine leere Drohung war.

Havanna setzt auf die Kraft der internationalen Solidarität. Kubanische Medien berichten ausführlich über Aktionen in aller Welt. So gab es auch beim »Fest der Linken« am Sonnabend in Berlin ein Zeichen gegen die US-Aggression. Mitglieder von Kuba-Initiativen postierten sich vor der Bühne und zeigten die Losung »Unblock Cuba«. Und Kubas Regierung bekräftigte in einer am 5. Juni veröffentlichten offiziellen Erklärung: »Sie werden uns weder erdrosseln noch aufhalten können.«

US-Wirtschaftsplan für Palästinenser

Washington. Die Regierung von US-Präsident Donald Trump setzt in Palästina auf einen »Wirtschaft zuerst«-Ansatz. Das am Sonnabend vom Weißen Haus in Washington veröffentlichte Papier mit dem Titel »Frieden zu Wohlstand« sieht Investitionen in Höhe von 50 Milliarden US-Dollar (rund 44 Milliarden Euro) in den kommenden zehn Jahren vor. Damit sollen das Brutto-sozialprodukt der Palästinenser verdoppelt, eine Million neue Jobs geschaffen und die Armutsrate halbiert werden. Woher genau das Geld kommen soll, bleibt offen. Die Initiative ist Teil des weiterhin unveröffentlichten Nahost-Friedensplans des US-Präsidenten. Trumps Berater Jared Kushner soll den Plan kommende Woche auf einer internationalen Konferenz in Bahrain vorstellen. Palästinenserpräsident Mahmud Abbas bekräftigte am Sonnabend den palästinensischen Boykott der Veranstaltung. (dpa/jw)

Kundgebung und Mahnwache für Lübcke



Kassel. Rund 2.000 Menschen sind offiziellen Angaben zufolge am Sonnabend in Kassel (Foto) einem Aufruf von mehr als 60 lokalen Organisationen zu einer Demonstration gegen rechte Gewalt gefolgt. Sie forderten unter anderem eine Auflösung der militanten Neonazigruppe »Combat 18«, wie der Hessische Rundfunk (HR) am Wochenende berichtete. Den Protest organisiert hatten demnach unter anderem die SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sowie Gewerkschaften, das Staatstheater und die »Seebücke«-Bewegung, die sich für über das Mittelmeer Geflüchtete einsetzt. Anlass war das tödliche Attentat auf den Kasseler CDU-Politiker und Regierungspräsidenten Walter Lübcke (jw berichtete). Am Sonnabend vormittag hatten laut HR bereits mehrere hundert Teilnehmer eine Mahnwache für Lübcke auf dem Marktplatz in Wolfhagen, dem Wohnort des Getöteten, abgehalten. (jw)

■ Siehe Seite 4

jw wird herausgegeben von 2.198 Genossinnen und Genossen (Stand 7.6.2019)
 www.jungewelt.de/lpg

Gewerkschaft machtlos im Osten

Auch 2019 keine Einigung über 35-Stunden-Woche in Metall- und Elektrobranche

Was die IG Metall 2003 in Ostdeutschland verweigert hat, kann sie auch 2019 nicht korrigieren: Beim Ringen um die 35-Stunden-Woche in der Metall- und Elektroindustrie Ost ist ein weiterer Einigungsversuch gescheitert. Kapitalseite und Gewerkschaft konnten sich nicht auf eine Lösung verständigen. Es wurde auch kein neuer Gesprächstermin vereinbart, teilten beide Seiten am Sonnabend in Potsdam mit.

Diesmal konnte die Gewerkschaft zu Recht mit dem Finger auf die Gegenseite weisen. Man sei enttäuscht, dass

die Unternehmen nicht bereit seien, die Wochenarbeitszeit wie im Westen zu verringern. »30 Jahre nach dem Mauerfall verweigern die »Arbeitgeber« eine Angleichung der Arbeitsbedingungen«, sagte der Verhandlungsführer, Olivier Höbel.

Aus Sicht des »Arbeitgeberverbands Gesamtmetall« sei eine Lösung nur möglich, »wenn diese weder Standorte noch Arbeitsplätze gefährdet«. Es liege ein Tarifvertrag auf dem Tisch, der »eine feste dauerhafte Wochenarbeitszeit« vorsehe, »die durch freiwillige Betriebsvereinbarungen passge-

nau für einzelne Beschäftigtengruppen ausgestaltet werden und die zwischen 30 und 40 Stunden liegen kann«. Dabei sei auch die Einführung der 35-Stunden-Woche für einzelne Betriebe ab dem Jahr 2021 möglich, so »Gesamtmetall«.

Die Gewerkschaft nennt das ein »umfassendes Deregulierungsprogramm«. Danach wäre die Einführung der 35-Stunden-Woche nicht verbindlich, sondern nur mit Zustimmung des »Arbeitgebers« und bei vollem Kostenausgleich durch die Beschäftigten möglich gewesen.

Im Sommer 2003 hatte es die IG Metall in der Hand: Zehntausende streikten im Osten für die Arbeitszeitverkürzung. Erfolgreich, denn in den Konzernbetrieben vor allem der Autobranche im Westen drohte die Produktion wegen Teilemangels ebenfalls stillzustehen. Kanzler Gerhard Schröder, Oppositionsführer Friedrich Merz, Wirtschaftsbosse, Betriebsratschefs von Porsche, Opel, Daimler und BMW machten Druck auf die Gewerkschaftsführung. Die knickte ein, ließ die Streikenden im Regen stehen und beendete den Kampf ohne Ergebnis. (dpa/jw)

